

Wiederitz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. J.

Kleinstadt des Bezirks

Bezugspreis: Vierseitig 20 Pf. ohne Zusage. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbandsgirokonto Nr. 3. Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigepreise: Die hebhaftesten Werte: 10 Pf., außerhalb der Hauptstadt 12 Pf., im umflossenen Teil (aus von Behörden) die Seite 10 Pf. — Geringförmige Reklamen 5 Pf.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Jähne. — Druck und Verlag: Carl Jähne in Dippoldiswalde.

Nr. 189

Dienstag den 15. August 1922

88. Jahrgang

Was wird aus dem Volksbegehren?

Der Landtag wird am 23. d. M. zu einer Zwischenabstimmung zusammenkommen, um das von den Deutschnationalen und der Volkspartei beantragte und von den anderen bürgerlichen Parteien mit unterstützung und mit einem starken Erfolg durchgeführte Volksbegehren auf Auflösung des Landtages zu beschließen haben. Die beiden sozialistischen Parteien des Landtages haben sich noch nicht klar geäußert, wie sie sich zu dem Volksbegehren stellen werden. Die Bürgerlichen, die als Antragsteller natürlich sämtlich für das im Volksbegehren geforderte Landtagsauflösung eingetreten sind, haben allein nicht die Mehrheit, die zum Auflösungsbefluss notwendig ist. Infolgedessen ist bis zur Stunde noch unklar, ob es zur Landtagsauflösung durch den Landtag selbst kommen oder ob noch der Volksentscheid notwendig sein wird.

Scheinbar klarer wird die Situation durch die neuerliche Stellungnahme der Kommunisten, die in einem anscheinend partei-öffentlichen Artikel im „Volksblatt“, dem kommunistischen Organ für Ostsachsen, unter stark polemischen Ausfällen gegen die beiden sozialistischen Parteien mit folgenden Ausführungen für die Auflösung des Landtages Stellung nehmen:

Die gegebene Lösung aus der durch die Schuld der SPD. und USP. verfaßten Schuld ist, daß am 23. August die Arbeiterparteien gemeinsam von sich aus den Landtag aufstellen und die Massen mobilisieren zur Verteidigung ihrer Rechte gegen politische und wirtschaftliche Reaktion. Sollten SPD. und USP. sich weigern, die Einheitsfront mit den Kommunisten herzustellen, gäbe ich Grund: Keine Gemeinschaft mit den Kommunisten, lieber mit der Bourgeoisie als mit den kommunistischen Klassengenossen — dann werden wir an die Arbeiterschaft appellieren, dann werden die Kommunisten die Entscheidung erzwingen müssen, vor der sich SPD. und USP. so sehr fürchten.

Die sächsischen Kommunisten haben sich in unserem Landtage im entscheidenden Moment bisher das Menschlichste geleistet. Nach der obigen Feststellung aber könnte man wohl kaum noch etwas anderes annehmen, als daß die Kommunisten am 23. August mit den Bürgerlichen für die Landtagsauflösung stimmen, wenn es sich eben nicht um die sächsischen Kommunisten handelt. So aber kann man jedenfalls vor der entscheidenden Abstimmung am 23. August noch immer gar nichts sagen, ob der Volksentscheid sich erübrigten wird oder nicht.

Kretschmer und Sächsisches

Dippoldiswalde. Der Militärverein Dippoldiswalde hielt am Sonnabend einen Wanderabend nach dem Steinbruch ab, dem sich eine kurze Monatsversammlung dort anschloß. Hatte es auch am Vormittag wie mit Kannen gegossen und berechtigte Zweifel am Zustandekommen der Wanderung aufkommen lassen, am Abend war der Himmel klar und bei der angenehmen Kühle ließ sichs herrlich marzipieren. Im Steinbruch angekommen, wurde erst das Geschäftliche erledigt. Man nahm Kenntnis von einem Dankschreiben, von einer Anmeldung, davon, daß eine Sendung von Kriegsgedenkmünzen nach Reichenberg abhanden gekommen sei und daß das Sommerfest in der geplanten Weise am 27. August in der Reichskrone stattfinden wird. Dann widmete man sich ganz dem gemütlichen Teile, der durch Klaviervorläufe und Vorträge des Militärvereins-Sängerkors noch ganz besonders verschönkt wurde.

— Bei den gestern Sonntag anlässlich des Turnfestes in Bärenstein ausgetragenen Wettkämpfen errangen sich vom Turnverein Dippoldiswalde (D.T.) unter starker Konkurrenz aus Dresden njo. im Dreikampf (Mitgliederklasse) Horst Müller den 1. Preis mit 71 Punkten, Johs. Voigt den 8. mit 51 P. und Hellmut Eigner den 10. mit 49 P. in den zwei Jugendklassen Wiedemann den 3. Preis mit 67 Punkten, Gründlich mit 46 P. den 21. und Handke mit 44 P. den 4. Preis. Im Geräteturnen siegte als 5. mit 47 Punkten der 2. Turnwart des Vereins Curt Börner. Der Verein kann auf diese hervorragenden Erfolge stolz sein.

Um den Eltern einen Einblick in das Helfersystem beim Kindergottesdienst zu ermöglichen, war dieser am Sonnabend von 11 Uhr, wo die Mütter sich nur schwer von Rüche und Haus trennen können, auf 2 Uhr verlegt worden. Nach den üblichen Eingangsgesängen eröffnete Superintendent Michael die Besprechung mit den Kindern, und zwar diesmal über die Geschichte von der Steinigung des Stephanus. Darauf führten die Helferinnen in ungefähr 6 Einzelgruppen die Unterredung fort, und mit zunehmender Freude konnten die anwesenden Eltern wahrnehmen, daß die Helferinnen vielfach mit angeborem pädagogischen Geschick die Geschichte und ihre religiöse spirituelle Bedeutung in munterem Frage- und Antwortspiel an die Kinder heranzubringen wußten. Am Schlusse sah der Geistliche die Ergebnisse der Besprechungen zusammen. Nicht nur dem religiösen Bedürfnisse der verschiedenen Altersklassen der Kinder wird durch dieses Helfersystem gedient, sondern das Interesse an biblischen Stoffen wird durch die Helferinnen, die in Konferenzen vorbereitet werden, auch in die Familien getragen und dadurch das kirchliche Leben im allgemeinen gefördert. An Stelle eines längeren Ausfluges, der bei der gegenwärtigen feuchten Witterung unterblieben

müsste, zogen die Helferinnen mit der Kinderchor nach dem Schützenhaus, wo diese mit Kaffee gelabt wurde. Für die Eltern zahlten opferwillige Erwachsene. Einige Stunden lang tummelten sich dann die Kinder auf den Rasenplätzen in fröhlichen Spielen, bis sie einsetzender Regen zur Heimkehr zwang.

— Nonnengefahr. In den Kreisen, welche an der Garten- und Obstbaumpflege interessiert sind, ist vielfach die irgende Meldung verbreitet, daß von der Nonne ausschließlich die Nadelbäume besäßen werden. Demgegenüber wird hervorgehoben, daß auf Grund der gemachten Erfahrungen auch die Obstbäume von der Nonne stark heimgesucht werden. So ist z. B. in der Gegend von Zittau in einigen Fällen die Obstbäume infolge der überaus zahlreichen Verbreitung des Nonnenfalters arg in Mitleidenschaft gezogen worden, zum großen Teil sind die Früchte wenigstens nicht mehr zum menschlichen Genuss zu verwenden. Es erscheint daher angebracht, allen Besitzern von Obstbäumen eindringlich ans Herz zu legen, dem Auftreten des Nonnenfalters ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Um die Bekämpfung des gefährlichen Insekts mit dem nötigen Erfolg durchzuführen, ist ein Absuchen der Bäume nach Nonnenfeinden im Frühjahr — Mitte April und Mai — die erste Aufgabe. In diesem Jahre nun handelt es sich vor allem, um eine Weiterverbreitung zu verhindern, darum, mit allen Mitteln die Nonnenfalter in geeigneter Weise einzufangen und zu vernichten.

Hunde im Walde. Es leuchtet vielen nicht recht ein, weshalb sie bei Spaziergängen im Walde ihrem Hund nicht auch das Vergnügen des Umherschwanzens gewähren dürfen, sondern ihn „eigenlich“ immer an der Leine führen müssen. Haten, Rebe usw. bekommt man kaum oder nur aus großer Entfernung zu sehen, und man sagt sich, daß so ein Schoß- oder Haushund dem Wilde doch keinen Schaden zufügen kann. Allein, die Sache liegt doch etwas anders. Das freie Umherlaufen von Hunden im Walde kann seltsamerweise gleich nach vier verschiedenen Gesetzen bestraft werden, und zwar 1. nach dem Polizeistrafgesetz, wenn es bei Nacht geschieht, 2. nach dem Reichsstrafgesetz, wenn die Absicht eines Jagdfrevels vorliegt, 3. sogar nach dem Vogelschutzgesetz, wenn der Hund während der Brutzeit und der Zeit des Fluggeistes der jungen Vögel, vom 1. April bis 20. Juni, frei umherläuft, 4. nach dem Forstpolizeigesetz, wonach strafbar ist, „wer unbefugt in einem fremden Wald Tiere“ mit Vernachlässigung der erforderlichen Sicherheitsmaßregeln frei umherlaufen oder stehen läßt. Endlich kann auch der Jagdpächter eine Zivilklage wegen Beunruhigung oder auch wegen Schädigung seiner Jagd anstrengen. Man tut also auf alle Fälle gut, sich nach diesen Gesetzen zu richten. Ohne weiteres erscheinen darf der dazu Berechtigte einen Hund allerdings nur dann, wenn der Hund wildert, d. h. wenn er das Wild hetzt.

Walter, 13. August. Heute vor 25 Jahren brannte das Gehöft des Gutsbesitzers Hauptmann vollständig nieder. Das Unglück hatte der siebenjährige Sohn beim Spielen mit Streichhölzern verursacht.

Schönsfeld. Auch hier hat sich starker Nonnenflug bemerkbar gemacht. An zwei Vormittagen zogen die Schulkindergarten mit langen Stangen bewaffnet in den Wald und sammelten binnen kurzem über 30 000 Falter.

Dresden. Das vom Landtag beschlossene Schulbedarfsgesetz vom 31. Juli 1922 ist in Nr. 27 des Sächsischen Gesetzesblattes veröffentlicht. Das Gesetz legt die persönlichen Aufwendungen für die öffentlichen allgemeinen Volks- und Fortbildungsschulen auf den Staat. Das Gesetz tritt mit Ausnahme des § 5 und des § 35 Abs. 1b am 1. April 1923 in Kraft.

Eine Dresdner Korrespondenz schreibt folgendes: Wegen der fortgesetzten Preisesteigerung machte sich in den letzten Tagen auch hier mehrfach eine gewisse gerechte Stimmung bemerkbar. So demonstrierte die Menschenmenge in der Webergasse vor der bekannten Firma Alfred Alemann, Kaffee-Großküche, wegen des Butterpreises. In Vorstadt Löbtau zählte es bereits am Freitag nachmittag ernstlich. Unter der Bevölkerung war das Gerücht verbreitet, die Inhaberin eines Butter- und Biergeschäfts, Reisewitzer Straße 12, habe am Freitag dreimal den Preis der Butter gesteigert. Erregte Gruppen von Frauen und Männern drangen verschiedentlich in Geschäfte ein und forderten Herabsetzung der Preise. Am Sonnabend entstanden erneute Ansammlungen, jedoch eine ganze Anzahl Lebensmittelgeschäfte geschlossen blieben. Zahlreiche Polizeibeamte und auch verschiedentlich Männer und Frauen versuchten beruhigend auf die Menschenmenge einzutreten. Die Inhaberin des vorgenannten Buttergeschäfts brachte ein Schreibstück im Schaufenster an, auf dem vom Polizei-

präsidium Abt. C. bestätigt wurde, daß gewisse Marken von Margarine, nach dem 10. August begangen, bei einem Verkaufspreis von 100 M. bzw. 94 M. für die Verläuferin keinerlei Wucherpreise enthielten. Dichte Menschenmassen standen fortgesetzt vor dem geschlossenen Verkaufsstätten und debattierten lebhaft über die Teuerung und ihre Ursachen im allgemeinen. Besondere Zwischenfälle sind bis Sonnabend abend nicht zu verzeichnen.

Ein schweres Autounfall ereignete sich Sonnabend gegen 6 Uhr abends am Georgentor. Der Kraftwagen eines schlechthin Bergwerksdirektors kam auf einer sogenannten Schwarzfahrt, gelebt von einem Beamtenanwärter Sperling, der angefahren war und keinen Führerschein besitzt, vom Terrassenfuß heraus, fuhr nach dem Georgentor und bog plötzlich scharf links in die Augustusstraße ein. Hierbei wurden ein älterer Mann und eine Private Lüddede aus Berlin-Wilmersdorf umgerissen und überfahren; ersterer konnte sich wieder erheben, leichter erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen, denen sie im Krankenhaus erlag. Das Auto, das seine rasende Fahrt nach dem Neumarkt zu fortsetzte, wurde an der Ecke der Töpferstraße gestellt. Am linken Borderrade hingen Kleidungsstücke der Frau L., am hinteren Wagengefäß waren ein Stück Kopfhaut und Haare zu bemerken. Nur mit Mühe entging Sperling schwerer Misshandlung der erregten Menge. Ein Arbeiter versetzte Sp. eine Ohrfeige, worauf dieser auf die Menschenmenge einzuschlagen versuchte. Das Auto wurde nach dem Schloßhofe gebracht. Nach Feststellung der Personalien wurden Sperling und der Chauffeur dem Polizeipräsidium zugeführt.

Im Grundstück Hauptstraße 22 in Dresden-Laußig gab sich am Sonnabend morgens ein blutiges Eifersuchtsdrama abgespielt. Im genannten Grundstück wohnen dort seit etwa 10 Jahren der im Anfang der vierzig Jahren stehende Geschäftsratende Johannes Galle mit seiner um etwa zehn Jahre jüngeren Frau. In den letzten Wochen ist es zwischen den Eheleuten mehrfach, und anscheinend auch zu ernsten Differenzen gekommen, weil der Ehemann angeblich ein Verhältnis unterhalten haben soll. Offenbar aus Eifersucht hat die jüngere Ehefrau ihren im Bett liegenden Mann erschossen und die Waffe dann gegen sich selbst gerichtet. Frau Galle wurde in kniender Stellung tot vor dem Bett aufgefunden. Die behördliche Aufhebung der Leichen erfolgte gegen Mittag, die Wohnung wurde abschließend verschlossen. Im Laufe des heutigen Montags wird das tote Ehepaar nach dem Friedhofe überführt.

Niedersedlitz. Eine Verbrecherjagd gab es hier am Mittwoch abend. Ein Beamter der Sicherheitspolizei hatte in der Nähe der Gasanstalt einen Mann bemerkt, der in verdächtiger Weise ein schweres Gewicht auf seinem Rad beförderte. Der Beamte forderte den Verdächtigen auf, ihm zur Feststellung seiner Personalien nach der Wache zu folgen. Am Eingang zum Rathaushofe warf der Mann die schwere Last dem Beamten gegen die Beine, schwang sich auf das Fahrrad und flüchtete durch die Schulstraße die Leubener Straße entlang. Bei der sofort aufgenommenen Verfolgung wurden beiderseits Schüsse gewechselt. Infolge der Dunkelheit und des schnellen Fahrens gelang es der Person, zu entkommen.

Pleuna. Die Nonnengefahr nimmt immer größere Formen an. In den letzten Tagen wurde ein vermehrtes Auftreten der Nonne in den Pirnaer und Lohmener Waldungen festgestellt. In der Viehleite sind Kinder damit beschäftigt, diese gefährlichen Waldschädlinge abzulegen und zu töten. Wenn nicht mit aller Kraft der Nonnenflug entgegengearbeitet wird, dann werden auch unsere Waldungen jenen traurigen Anblick bieten wie die durch den Nonnenflug vernichteten Wälder an der böhmischen Grenze.

Bad Schandau. Eine anerkannte Maßnahme hat ein hiesiger Geschäftsmann dadurch getroffen, daß er öffentlich ankündigt, infolge Warenknappheit verschiedene Artikel nur noch an hiesige Einwohner und Kunden aus der Umgegend gegen entsprechenden Ausweis verkaufen zu können.

Bauern. Als am Donnerstag abend der 23. Jahr alle Arbeiter Johann Waurich aus Weigersdorf von seiner Arbeitsstätte in Dubrau auf dem Rad nach Hause fuhr und dabei eine Sense auf der Schulter trug, da er in Dubrau Gras gehauen hatte, läßt er 200 Meter vor der ehemaligen Wohnung aus noch unbekannter Ursache mit dem Rad. Er fiel dabei so unglücklich in die Sense, daß ihm das Sennestab den Hals bis auf die Wirbelsäule durchschnitt. Wie die Spuren zeigen, hat sich der Unglückliche noch ein Stück geschleppt und ist dann an Verblutung gestorben.

Saubere Visitenkarten drückt Carl Jähne.

Das Würfelspiel in London.

In London wird um des deutschen Volkes Dasein gewirkt. Nicht mehr um die Freiheit Deutschlands; die ist längst dahin; um unsere nackte Existenz wird auf der Konferenz gespielt. Poincaré als Repräsentant des französischen Nationalismus will das Rheinland, das Ruhrgebiet, den Norden Deutschlands die Reichseinheit zerreißen. Polonisierung Mitteleuropas wäre das Ergebnis und das wäre England gefährlich, bedrohte seinen Handel, seine Herrschaft von Borderasien bis Indien. Französische Kontrolle im Rheinland und Ruhrgebiet hätte Verdrängung der englischen Industrie und des englischen Handels vom Kontinent, Vorherrschaft Frankreichs in Europa. Das ist der Gegensatz zwischen England und Frankreich; darum geht der Kampf in London.

Lloyd George kämpft nicht für Deutschland, er kämpft für England und hat es nie anders getan. „Daily Chronicle“, das als Sprachrohr der englischen Regierung gilt, bestreitet dieser Tage ausdrücklich, daß die politische Haltung, wie es manchmal ausgesetzt worden sei, zu einer Unterstützung Deutschlands neige. Großbritannien handle durchaus nicht als Verteidiger Deutschlands, sondern nur im allgemeinen Interesse der Alliierten. Die britische Regierung bezweckt lediglich die Sicherung der äußerst nötigen Wiederherstellung Deutschlands. Mit diesen Worten sagt das englische Regierungsblatt also ganz deutlich, daß England keineswegs auf die deutschen Reparationszahlungen verzichten will. England kämpft lediglich gegen die „unpraktischen Methoden“, mit denen Poincaré Deutschland zur Zahlung der Reparationschuld zwingen will. Lloyd George sagt sich als nüchternen Geschäftsmann, mit Sanctionen und Rerortions lassen sich die ersehnten Milliarden nicht herausaufen, Deutschland muß vielmehr durch die Gewährung einer gewissen Atempause instand gesetzt werden, in Zukunft seinen Verpflichtungen nachzukommen. Daher soll die Londoner Konferenz Deutschland ein Moratorium für eine gewisse Zeit bewilligen. Während dieser Schonzeit wird es, so hofft Lloyd George, wieder zahlungsfähig werden. Die Schlinge, die man Deutschland um den Hals gelegt, soll zeitweise gelöst werden, um nachher um so kräftiger wieder angezogen zu werden.

Es ist also nichts wie kühle Berechnung, die Lloyd George zur Ablehnung der Vorschläge Poincarés veranlaßt. Hier der nüchtern urteilende Geschäftsmann, der sich seinen Schuldner auf lange Zeit zahlungsfähig erhalten will, dort der rachsüchtige Gegner, der seinem Opfer sofort den Todesstoß versetzen und es völlig ausplündern möchte. Wird ein Ausgleich zwischen diesen beiden Gläubigern möglich sein? Wie steht jetzt Abschluß des Verfaßter Vertrages? Wird allem Anschein nach auch diesmal ein Kompromiß gefunden werden, natürlich auf unsere Kosten. Lloyd George wird Poincaré sicher weit entgegenkommen. Das Moratorium wird dann ziemlich nebenständlich sein. Denn die Bedingungen, von denen die Zahlungsaufschub abhängig gemacht wird, werden die „Atempause“ illusorisch machen.

Einigungszeichen.

Lloyd George macht Gegenvorschläge.
Da über die Vorschläge Poincarés keine Einigung erzielt werden konnte, hat nunmehr Lloyd George seine eigenen Vorschläge vorgelegt, die voraussichtlich die Grundlage für eine Verständigung zwischen den englischen und der französischen Regierung bilden werden. Diese Vorschläge sind von dem englischen, dem französischen und dem belgischen Premierminister in siebenstündiger Beratung besprochen worden. Es wurde beschlossen, die englischen Vorschläge zunächst ebenfalls dem Sachverständigenausschuß zu überweisen.

England beantragt Zahlungsaufschub bis Ende 1922
Über den Inhalt dieser Vorschläge verlautet aus französischer Quelle, daß sie aus zehn Punkten bestehen. Sie sehen vor ein Moratorium für die deutschen Zahlungen bis Ende 1922. Deutschland muß dagegen alle seine Sachlieferungen ausführen besonders die Lieferung von Holz und Kohlen. Dieses Moratorium werde unter folgenden Bedingungen bewilligt werden: Einführung von Gesetzen gegen die Kapitalflucht, Autonomie der Reichsbank, Konsolidierung der schwedenden Schulden sowie die Ausübung einer wirksamen Kontrolle der deutschen Finanzen durch die Reparationskommission. Schließlich soll die Reparationskommission den Wert von 26 Prozent des deutschen Ausfuhr und die Zolleinnahmen des Reiches einfassen und während der Dauer des Moratoriums der deutschen Regierung zur Verfügung stellen. Erst wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht nachkommt, würde das Garantiekomitee auch den Extrakt der staatlichen Gruben im Ruhrgebiet und der deutschen Staatsforsten anfordern. Das Garantiekomitee soll künftig in Berlin seinen Sitz haben, um dort vor allem die Papiergeldeausgabe zu kontrollieren und sich zu vergewissern, daß Deutschland seine Verpflichtungen hinsichtlich der Sachlieferungen und der Sanierung seiner Finanzen erfüllt.

Nach Bekanntwerden der englischen Gegenvorschläge ist die Platz an der Londoner Börse gestiegen.

Die Deutschausweisungen.

Weitere Gewaltmaßnahmen angekündigt.
Dem deutschen Botschafter in Paris ist eine Note der französischen Regierung übergeben worden, welche den Inhalt der bereits in der Presse verbreiteten Meldungen über die Ausweisung deutscher Staatsangehöriger bestätigt. Danach sollen 500 deutsche Staatsangehörige aus Elsaß-Lothringen bis zum 12. August ausgewiesen werden. Es wird ihnen gestattet, Handgepäck sowie den Gegenwert von 10 000 Mark für eine Familie und von 5000 Mark für die unverheiratete Person mitzunehmen. Für den Fall, daß die französischen Forderungen nicht erfüllt werden, wird die Ausweisung weiterer 500 Deutschen angekündigt.

Durch diese Note werden die bisherigen ungeheuerlich klingenden Meldungen über die Massenausweisungen Deutscher aus dem ehemaligen Reichsland nicht nur bestätigt, sondern noch überboten. Weil die deutsche Regierung um eine Herabsetzung der Ausgleichszahlungen eingetragen ist, da es ihr unmöglich ist die *reclam* Summe von 40 Millionen Goldmark zu zahlen, ist aufzuhören, treibt die französische Regierung noch vor dem Fälligkeitstermin mehrere hundert Deutsche aus dem Land, um sich an deren Besitz für die ausbleibenden deutschen Ausgleichszahlung schadlos zu halten. Ein brutales und barbares Vorgehen, das die gehässige, rachsüchtige Politik der französischen Regierung wieder einmal in grellem Lichte erscheinen läßt. In finanzieller Hinsicht wird sie mit dieser Art von „Rerortion“ gerade das Gegenteil von dem erreichen, was sie mit den Ausweisungen bezweite. Das Hab und Gut der Ausgewiesenen, das jetzt der Beschlagnahme verfällt, deckt nicht bei weitem die Millionen, die Frankreich von uns erpreßt will. Hingegen wird die Ausweisung der 1000 Deutschen – es handelt sich vielfach um Geschäftslente aus der Umgegend von Straßburg, darunter Großhandelsfirmen, die bisher ihren Sitz in Straßburg gehabt haben – beträchtliche Erhöhungserlöse aus der elässischen Wirtschaftsleben zur Folge haben, für die sich die Elässer bei der Pariser Regierung bedanken können. Die Deutschen aber werden nie vergessen, welchen Schimpf ihnen Frankreich angetun gedachte. Den Ausgewiesenen werden die Sympathien ihrer Landsleute in ihrem schweren Daseinskampfe zur Seite stehen.

Seitens der beteiligten deutschen Stellen sind, so weit das bei der Frist, mit der die barbares französische Maßnahme verwirkt wird, überhaupt möglich ist, eine Reihe von Vorbereitungen getroffen, um die Opfer der Pariser „Rerortion“ aufzunehmen. Vertreter des Reichsministeriums des Innern haben sich nach Kehl begeben, um bei der Übernahme der Ausgewiesenen – es handelt sich um etwa 1500 Personen, wenn man die Frauen und Kinder der 500 Ausgewiesenen mitrechnet – mitzuwirken; ebenso sind die Landesregierungen entsprechend verständigt und werden alles ausüben, um den Ausgewiesenen das Mitgefühl und die Hilfsbereitschaft der Heimat zum Ausdruck zu bringen.

Die Reichsregierung ist noch mit der Erwägung der Maßnahmen beschäftigt, die sie als Grunderwerb der ungeheuerlichen französischen Brutalität ergreifen soll und kann. Voraussichtlich wird sie sich zu einem großen öffentlichen Protest an die Adresse der ganzen gesitteten Welt wenden.

Die Einigung mit Bayern.

Aufhebung der bayerischen Sonderverordnung.

Das Ergebnis der Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den nach Berlin entsandten Vertretern der bayerischen Staatsregierung wird jetzt im Wortlaut bekanntgegeben. Das amtliche Protokoll beginnt mit der offiziellen Erklärung der Bayerischen Regierung, daß sie bereit ist, die unter dem 24. Juli 1920 erlassene Verordnung zum Schutze der Republik spätestens am 18. August mit Wirkung vom gleichen Tage ab aufzuheben.

Die Jugendschule der Reichsregierung.

Es folgen dann mehrere Erklärungen der Reichsregierung zu den drei Schutzgesetzen, die der Reichsrat und der Reichstag nach der Ermordung des Ministers Rathenau gegen den Widerspruch Bayerns beschlossen haben.

Zum Gesetz zum Schutze der Republik stellt die Reichsregierung offiziell fest, daß vor dem Staatsgerichtshof nur solche Angelegenheiten zur Verhandlung kommen sollen, deren Bedeutung so erheblich ist, daß ihre Entscheidung durch einen höchsten Gerichtshof des Reichs angemessen erscheint. Die Überweisung der Sachen an die örtlichen Behörden wird deshalb die Regel sein. Bei der Inanspruchnahme polizeilicher Tätigkeit in einem Lande wird sich der Oberrechtsanwalt der polizeilichen Behörden dieses Landes bedienen. So weit aus besonderen Gründen eine Mitwirkung auswärtiger Polizeibeamter in einem Lande nötig wird, werden diese nur im Einvernehmen und zur Unterstützung der örtlichen Stellen tätig werden. Bei der Auswahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes sollen die besonderen Interessen der Länder berücksichtigt werden.

Zum Beamtenrecht erklärt die Reichsregierung u. a., daß zu Mitgliedern des Reichsdisziplinarhofes Reichsbeamte aus allen Ländern herangezogen werden sollen, entsprechend der zahlenmäßigen Verteilung der Reichsbeamten auf die einzelnen Länder.

Zum Reichskriminalpolizeigesetz erklärt die Reichsregierung, daß die Ausgestaltung der Landeskriminalpolizeibehörden Sache der einzelnen Landesregierungen sein soll. Überster Grundsatz bei der Durchführung des Gesetzes soll sein, die Executive den Ländern zu überlassen. Nur dann, wenn es im dringendsten Interesse des ganzen Reiches liegt, daß ein Einzelfall einheitlich im ganzen Reichsgebiet polizeilich bearbeitet wird, weil nur so eine möglichst rasche und wirksame Verfolgung gesichert erscheint, soll eine Ausnahme gemacht werden dürfen, doch auch dann darf das Reichskriminalpolizeiamt seine Befugnisse nur auf ausdrückliche Anweisung des Reichsministers des Innern in jedem einzelnen Falle ausüben.

Reich und Länder.

Zum Schlus tritt die Reichsregierung der in einzelnen Ländern herrschenden Auffassung entgegen, daß die Politik der Reichsregierung planmäßig darauf gerichtet sei, die Zuständigkeit der Länder fortwährend einzuschränken. Diese Auffassung entbehre der Begründung. Die Einschränkung der Polizeihoheit und der Justizhoheit durch das Schutzesetz ist zeitlich begrenzt.

Die Reichsregierung sei nicht willens, über

die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reichs hinzu die Hoheitsrechte der Länder an sich zu ziehen. Sie sei der Überzeugung, daß die einzelstaatliche Gliederung der Länder der reichen Mannigfaltigkeit deutschen Wesens und deutscher Kultur entspreche, und daß die Pflege des Stammesbewußtseins in lebendigen inneren Gemeinwesen die beste Gewähr reichsfreudiger Einordnung in das Ganze der Nation sei.

Um diese Abmachungen hat die Reichsregierung ih durch Unterschrift bereits gebunden, während die mögliche Annahme durch Bayern noch aussteht. Doch ist mit einer gewissen Bestimmtheit anzunehmen, daß das bayerische Kabinett und die Landtagsparlamente den unter Mitwirkung des bayerischen Ministerpräsidenten getroffenen Vereinbarungen ihre Zustimmung nicht versagen werden.

6 Mark für einen Brief.

Die neuen Postgebühren.

Ab 1. Oktober sollen neue Postgebühren in Kraft treten, die dem Reichspostministerium die Zahlung der neuen Beamten- und Arbeitergehälter ermöglichen sollen. Die Gebühren sind fast durchweg um 50 Prozent erhöht worden.

Der Brief im Ortsverkehr soll bis zu 21 Gramm 1,50 Mark, über 20 bis 100 Gramm 4 Mark, über 100 bis 250 Gramm 6 Mark kosten.

Im Fernverkehr betragen die Kosten für einen Brief bis zu 20 Gramm 6 Mark, über 20 bis 100 Gramm 7 Mark, über 100 bis 250 Gramm 8 Mark.

Für Postkarten ist im Ortsverkehr eine Gebühr von 1 Mark, im Fernverkehr von 4 Mark vor gesehen.

Für Pakete bis zu 5 Kilogramm kommen 11 Mark Portoosten in der Nahzone in Frage. Für die Fernzone betragen die Portosätze bis 5 Kilogramm 24 Mark.

Postanweisungen bis 100 Mark kosten 4 Mark, über 100 bis 250 Mark 5 Mark, über 250 bis 1000 Mark 7 Mark usw.

Im Telegraphenverkehr soll die Worte buchstabenweise 3 Mark, im Fernsprechverkehr der Zusatz zu den gesetzlichen und verordnungsmäßigen Fernsprechgebühren auf 400 vom Hundert festgesetzt werden.

Um die neuen Gebühren, die – wie eingangs erwähnt, am 1. Oktober in Kraft treten sollen – bald unter Druck und Nach zu bringen, hat der Reichspostminister den Verkehrsbeirat zum 4. September einberufen. Nimmt dieser Beirat die neuen Gebühren an, so muß noch ein dazu eingesetzter Reichstagsausschuss seine Zustimmung geben, um den neuen Postgebühren Rechtstrafe zu verleihen.

Politische Rundschau.

Berlin, den 14. August 1922.

Der Reichsminister des Innern hat gegen die Darmstädter Besoldungsordnung Eindruck erhoben.

Präsident Harding ernannte den Richter beim Obersten Gericht der Vereinigten Staaten, William D. Clegg zum Unparteiischen bei der deutschen amerikanischen Kommission zur Festsetzung der amerikanischen Schadensersatzforderungen.

Die Liga für Menschenrechte protestiert gegen die weitere Gefangenhaltung von 32 deutschen Kriegsgefangenen, deren Führung in der Gefangenschaft einwandfrei war.

Der französische Botschafter in Berlin, Laurent, wird demnächst seinen Posten verlassen.

Die Verfassungsfeier in Berlin. Der großer offizieller Feier zur Erinnerung an den Verfassungstag im Reichstag folgten am Abend zahlreiche Kundgebungen der Parteien. U. a. veranstaltete die Deutsche Demokratische Partei eine Verfassungsfeier in der Kammerhalle, wo der Schöpfer der Reichsverfassung Minister a. D. Hugo Preuß sprach. Die sozialdemokratische Partei versammelte ihre Mitglieder im Kino Busch. Hier traten als Redner die Reichsminister Dr. Köster, Dr. Radbrück und Robert Schmidt auf. Im Lustgarten fand eine große Abendkundgebung des Kartells der republikanischen Verbände statt. Nach Schluß der Kundgebung formierte sich ein Fackelzug zu dem Staatstheater, wo eine Festauflösung stattfand. Reichspräsident Ebert mit dem Reichsanziger Dr. Wirth erschienen auf der Terrasse des Staatstheaters und hielten begeistert aufgenommene Ansprüchen an die Menge, in denen sie besonders an die Herzen der republikanisch gesinnten Jugend appellierten und den charakteristischen vaterländischen Charakter des Tages betonten. Auch im übrigen Reiche sind die Verfassungsfesten durchweg ruhig verlaufen. In Weimarer Nationaltheater wurde eine schlichte Bronzetafel enthalten mit der Inschrift: „In diesem Hause gab sich das deutsche Volk durch seine Nationalversammlung die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919.“

Amerikanisches Glückwunschtelegramm zum Verfassungstag. Der Präsident der Vereinigten Staaten Harding hat anlässlich des Verfassungstages an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

„Präsident Ebert, Berlin. Zur Wiederkehr des Tages an dem Deutschland die republikanische Staatsform angenommen hat bin ich glücklich Ihnen meine aufrichtigsten guten Wünsche und meine Hoffnung auszubreiten, daß die große deutsche Republik stetig vorwärts schreite auf dem Wege des Friedens, die zu einer guten Verständigung, zu Gediegenheit und Glück führen.“ Warren Harding.

Reichspräsident Ebert hat dem Präsidenten Harding für die freundliche Gedanken unseres Verfassungstages telegraphisch seinen Dank ausgesprochen und der Hoffnung Deutschlands Ausdruck verliehen, daß die gleichen Grundzüge und Ideale unserer gemeinsamen republikanischen Staatsform zu einer guten Verständigung und glücklichen Zukunft unserer Völker führen mögen.

Der Reichskanzler über die Rheinlande. Der Reichskanzler gewährte dem Berliner Vertreter der „Kölnerischen Volkszeitung“ eine Unterredung, in der er sich über die Fragen, die die rheinische Bevölkerung gegenwärtig besonders interessiert, ausführlich

verbreitete. Auf die Fragen, ob Anhaltspunkte beständen zu einer besonderen Beunruhigung der rheinischen Bevölkerung, ob die Reichsregierung die rheinische Bevölkerung schützen werde, antwortete der Reichskanzler: „Was uns noch bevorsteht, wissen wir nicht. Was aber auch kommen mag, eins ist immer Ziel unserer Politik und auch Hauptbeweisgrund für das Schwerste gewesen, was wir auf uns genommen haben: der Gedanke an die Einheit des Reichs, an die Leiden und Gefahren der Grenzbevölkerung und insbesondere des Rheinlandes. Nie und nimmer werden wir die Interessen des Rheinlandes in Stich lassen, mit keinem Wort, mit keinem Gedanken ist von der Reichsregierung jemals die Preisgabe rheinländischer Interessen erwogen worden.“

Deutsch-italienisches Kohlen-Abkommen. Auf Grund eines Übereinkommens zwischen dem Außenminister Schanzer und dem hierzu bevoilichtigten deutschen Botschafter in Rom hat sich die deutsche Reichsregierung verpflichtet, monatlich 232 000 Tonnen Kohlen zu liefern und für die Ausfuhr der deutschen Erze nach Italien besondere Erleichterungen zu gewähren.

Die Beamten und die Teuerung. Das gewaltige Anschwollen der Teuerung hat die Spartenorganisationen der Gewerkschaften und Verbände veranlaßt von neuem Erhöhungen der Beamtenbezüge zu verlangen. Die Spartenorganisationen der Gewerkschaften und Verbände haben beschlossen, eine Kommission zum Reichsfinanzminister zu schicken und diesen zu erjuden, angesichts der allgemein schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse bereits in den nächsten Tagen den Verbänden zu einer Besprechung ins Reichsfinanzministerium zu laden, wo dann über die Erhöhung der Beamtenbezüge in der gewohnten Weise verhandelt werden soll.

Holland: Der Rheinschiffahrtstreit geht weiter. Das Gesamtergebnis der Abstimmung über die Aufhebung der Streitbewegung in der Rheinschifffahrt liegt jetzt vor. Der Hafenverband der Schiffer hat sich mit großer Mehrheit für die Fortsetzung des Streites ausgesprochen. Der Streit ist somit noch nicht beendet.

Polen: Eine neue Regierungskrise? In Warschauer Kreisen hat die Nachricht, daß aus außenpolitischen Gründen die Neuwahlen verschoben werden, große Erregung hervorgerufen. Nach der Rückkehr Pilsudski aus Krakau ließ der Ministerpräsident diese Nachricht nur in der Form dementieren, daß er die Rückstellung nicht in der Presse übergeben habe. Aus einer Beurteilung der Neuwahlen entsteht unter Umständen eine Regierungskrise, da nicht nur die Oppositionellen der Rechten, sondern auch die Regierungsmehrheit an der terminmäßigen Durchführung der Neuwahlen durchaus festhalten wollen.

Ireland: Rückzug der Außständischen. Nachdem die irischen Freistaatstruppen Cork besetzt haben, dürfte das Ende der Kämpfe nahe bevorstehen. Es ist den Außständischen zwar gelungen, Cork rechtzeitig zu räumen und so den Einschließung zu entgehen. Sie haben sich in südlicher und westlicher Richtung zurückgezogen, dringen jedoch den nachdringenden Freistaatstruppen kaum mehr ausweichen können. Überwunden sind in einzelnen Teilen der Stadt Cork noch Strafkämpfe statt. Einzelne Gebäude sind von den Außständischen vor ihrem Abmarsch in Brand gestellt worden.

Türkei: Die Balkanwirren. Der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Konstantinopel teilt mit, daß ein Abkommen beschlossen wurde, eine neutrale Zone zwischen der griechischen Grenz und der von den alliierten Streitkräften besetzten Zone zu errichten. — Der Vertreter von Angora in Konstantinopel hat den alliierten Oberkommissaren eine Protestnote gegen die von den Griechen proklamierte Autonomie in Konzien überreicht.

Aufnahme der wichtigsten Vorschläge Lloyd Georges. — Paris, 13. August. Wie die Pariser Blätter aus London erfahren, haben die Finanzfachverständigen sieben von den Punkten der englischen Vorschläge geprüft und einstimmig angenommen. Es handelt sich um die Punkte, die sich auf die Autonomie der Reichsbank, Heraufsetzung der schwebenden Schulden, Überprüfung des Budgets, Beschaffungnahme der Zollabgänge und 26 prozentige Abgabe von der Ausfuhr beziehen. Die durch die beiden letzteren Maßnahmen erzielten Summen würden auf ein im Namen des Garantiekomitees bei der Reichsbank eröffnetes Konto eingezahlt. Das Komitee werde diese Summen zur Verfügung der deutschen Regierung stehen lassen, so lange diese ihre Verpflichtungen erfüllt. Andernfalls werde das Garantiekomitee das Recht haben, die Gelder des Reiches zu beschaffnahnmen.

Die Regelung der zukünftigen Reparationszahlungen. — London, 13. August. Im Punkt 10 der britischen Vorschläge wird angeregt, daß, wenn die deutsche Regierung die Vorschläge der Reparationskommission pünktlich ausführt, ihr ein Moratorium bis Ende des Jahres bewilligt werden soll. Die Reparationskommission wird im Anschluß an dieses Moratorium die Bedingungen prüfen, die für die folgenden Perioden für die Barzahlungen festzusetzen sind. Diese sollen von der 26 prozentigen Devisenabgabe geleistet dienen, daher niemals höher sein als die Barsumme dieser Exportdevisenabgabe.

Die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen. — Berlin, 13. August. Die Note der französischen Regierung über die Ausweisungen Deutscher aus Elsaß-Lothringen ist hier eingegangen. Die Reichsregierung ist mit ihrer Prüfung beschäftigt und wird unverzüglich dazu Stellung nehmen.

Ebert in Breslau. — Breslau, 13. August. Die Breslauer Hauptmannsfestspiele nahmen mit einer sehr feinfällig aufgenommenen Aufführung des Hauptmannschen Dramas „Florian Geyer“ ihren Anfang. Reichspräsident Ebert ist anlässlich der Festspiele hier eingetroffen.

Das Berliner Abkommen im bayerischen Ministerrat. — Berlin, 13. August. Nach einer Meldung der „Voss. Zeitung“ aus München soll das Ergebnis der Berliner Beratungen im Ministerrat gutgeheißen worden sein. Dagegen sollen gewisse Einzelheiten — je-

doch nicht von wesentlicher Bedeutung — insbesondere betreffend das Reichskriminalpolizeigesetz Änderungen wünsche bei den einzelnen Koalitionspartien gezeigt haben.

Aus Stadt und Land.

Das Scheidemannattentat ausgetragen. Die beiden des Scheidemannattentats beschuldigten Kaufleute Hustert und Oehlschläger, die kürzlich verhaftet wurden, haben jetzt ein umfassendes Geständnis abgelegt. Sie haben an dem Tage des Anschlags Scheidemann aufgelaert, nachdem sie sich vorher mit der Blausäurespröthe und einem Revolver versehen haben. Auf dem einsamen Weg nach Möllerseck bei Kassel hielten sie den Zeitpunkt für günstig und Hustert besprach dort den Oberbürgermeister mit Blausäure. Als Scheidemann ohnmächtig zurückfiel, glaubten die beiden, er sei erledigt.

Nenes Leben. Der Handel zwischen Deutschland und Australien kommt jetzt auch wieder in Gang. Die erste Sendung deutscher Waren für Australien nach dem Kriege ist mit dem englischen Dampfer „Pomona“ in Melbourne eingetroffen. Weitere Sendungen sind bereits unterwegs.

Waffenfunde bei Halle. In Meinungen befinden wurden Waffenfunde gemacht. Man beschlagnahmte 15 Maschinengewehre, 15 Maschinengewehre, zahlreiche Infanteriegewehre, 60 000 Schuß Munition und 400 Handgranaten.

Der Tote als Dieb. Die Berliner Straße hörten müssen sich jetzt mit der verwiderten Affäre eines großen Zweckindustrials beschäftigen, den der ehemalige, von den deutschen Rennbahnen verwiesene Josef Krahn an einem Frankfurter Großindustriellen begangen hat. Krahn, der bei dem Großindustriellen gastfreundliche Aufnahme gefunden hatte, belohnte dies dadurch, daß er eines Tages die Wohnung seines Gastgebers ausplünderte und Juwelen in Gesamtwert von vier Millionen Mark stahl. Nach langen Mühen konnte der Dieb jetzt verhaftet werden.

Grabenraub in Lünen. Aus noch unaufgelöster Ursache brach auf der Sege „Viktoria“ in Lünen über Tage in einem Holzkarren Feuer aus, das zu einem Holzschuppen und einen Teil des Holzplatzes sich ausdehnte. Der Materialschaden ist erheblich. Die Förderschächte und Betriebsgebäude sind durch das Feuer nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Betrieb ist nicht gestört.

Tragisches Schicksal einer Trauerfeier. Der Rittergutsbesitzer Behrend auf Preußisch-Utnau ist in Königsberg beim Baden ertrunken. Als man den Verstorbenen besiegen wollte, ist sein Gutshaus von einem Miesenbrand bis auf die Mauern eingeschämt worden. Während alle Einwohner mit der Ausmündung des Raumes beschäftigt waren, in dem die Leiche zur Trauerfeier aufgebahrt werden sollte, entstand in Folge eines schadhaften Badeoens ein Brand, der sich anfangs rasch ausbreitete und nicht mehr gelöscht werden konnte.

Schwere Entschäden in Südbraunschweig. Da über Braunschweig und Südbraunschweig niedergegangen Unwetter hat einen Schaden von ungezählten Millionen angerichtet. Am schwersten betroffen ist der Kreis Osterode am Harz, der als die Kornkammer Hannovers gilt. In vielen Gemarkungen ist die Getreideernte gänzlich oder bis zu 90 Prozent vernichtet. Der Oberpräsident von Hannover ist im Begriff, eine Hilfsaktion für die betroffenen Landwirte einzuleben.

Tödlicher Absturz in den Bergen. Vom Silberrettahorn in Borberg stürzte Dr. Clemm, ein Oberingenieur der Beizwerke in Jena, der mit Gefährten einen besonderen Weg aufgesieben war, ab. Die Ursache war ein Stein, der sich losgelöst hatte. Die Leiche konnte durch den Wirt der Wiesbadener Hütte auf einem Gletscher geborgen werden. Der Verum glückte, der einen Schädelbruch erlitten hatte, sofort tot.

Sprechen Sie mit Mama! Eine schaurige Geschichte weiß das „B. T.“ zu berichten: Gulbransson der ausgezeichnete schwedische Zeichner und Maler der als Mitarbeiter des „Simplicissimus“ seit vielen Jahren in München lebt, war für ein Lehramt an der Berliner Hochschule für die bildenden Künste in Aussicht genommen. Doch hat der Künstler, der vor übergehend zu Bildnisaufträgen schon öfter längere Zeit in Berlin gearbeitet hat, die Berufung abgelehnt. Das geschah auf echt Gulbranssonsche Art: er soll ein Postkarte genommen, sich darauf in Selbstkarikatur als schlichtes Mädchen gezeichnet und darunter die Antwort geschrieben haben: „Sprechen Sie mit Mama!“

Millionenschmuggel mit österreichischen Kronen. Wegen eines großangelegten Valutaschmuggels hat in Salzburg die Polizeibehörde einen gewissen Martin Rastel verhaftet. Bei Rastel, der sich als tschechoslowakischer Staatsangehöriger ausgibt, wurden 301 Millionen österreichische und 1000 tschechische Kronen gefunden.

Das Geheimnis von Dubschinla.

Kriminalroman von Erich Bernstein.

(27. Fortsetzung.)

nachzuforschen? Da ist doch dieser Allan Parkinson und seine Mutter — —

Weißt du denn, ob sie nicht lämen?

Man hätte es doch gehört. Ihr erster Weg mußte doch zur Gräfin sein!

Hempel lächelte.

Wer weiß? Die Gräfin hat ja erklärt, die Tote sei gar nicht ihre Schwester! Dies und manches andere konnten das Mütterchen ihrer Verwandten erregen. Aber die Behörde in Neapel hat sich der Meinung der Gräfin angeschlossen. Nun wird die Sache dort wohl eingeschlossen sein. Unbekannte namenlose Mädchen verschwinden ja öfter — wo kein Kläger auftritt, gibt es keine Richter!

Du lächelst so verschmitzt, Silas — ist das mehr als Vermutung? Weißt du etwas Bestimmtes?

Nun, ich will nicht Verschreden mit dir spielen, Peter! Allan Parkinson ist allerdings, wie ich durch Sangio erfahren habe, am Tage unserer Abreise in Neapel angelommen. Er hat in der Toten nach den Photographien seine Cousine auf das bestimmteste erkannt, aber die Behörde glaubt ihm ebenso wenig wie dir. Darauf wandte er sich an das beste Privatdetektivinstitut — das eben leitet Sangio — und bestreute dieses mit weiteren Nachforschungen. Er selbst reiste ab.

„Burlak nach Amerika?“

„Das weißt Sangio leider nicht. Keinesfalls direkt, denn er nahm ein Billett nach Rom. Entweder erledigte er dort nur Geschäfte und kehrte dann nach New York zurück oder — er setzte seine Nachforschungen in der Stille persönlich fort.“

„Das ist ja sehr interessant! Und was hast du Ingwischen herausgebracht?“

„Wenig,“ antwortete der Detektiv unbestimmt.

Hast du keine Spur von den beiden Männern gefunden, die den Mord ausführten? Wenn deine Vermutung richtig ist, so müssen sie sich doch in der Nähe des Grafen aufzuhalten, denn nur ihm zu lieben können sie die Tat begangen haben.“

„Das glaube ich wohl auch. Aber es sind viele Leute in Dubschinla, denen ich nicht recht traue, und ich bin noch zu kurze Zeit dort, um zu wissen, welche vertrauenswürdig sind.“

„Aber das Signalement? Der junge Mensch mit dem mädchenhaften Teint, der Alte mit der Adernase — gibt es denn niemand im Schloß, auf den dies stimmt?“

„Hm — es ist da ein junger Rittmeister, der erst noch auf Dubschinla eintrat, und den niemand kennt. Der erwiederte allerdings schon öfter meinen Verdacht, weil ich beobachtete, daß er nichts zuweilen fort schleicht. Einmal ging ich ihm nach, aber er ist sehr schlau und bemerkte mich, worauf er dann ganz harmlos in einer Vorstube eintrat.“

„Hast du dich denn nicht an ihn herangemacht?“

„Natürlich. Aber er ist sehr zugänglich. Einmal kam es mir sogar vor, als merkte er meine Absicht, und lachte mich heimlich aus.“

„Dann ist er der junge Mann mit der zarten Haut.“

„Ja, so fest überzeugt bin ich davon gerade nicht. Ich sage nur, er ist mir verdächtig.“

„Und von dem alten Saviani hast du gar keine Spur?“

„Auch nur eine sehr, sehr schwache, über die ich vorläufig lieber gar nicht sprechen will.“

„Vielleicht ist er in Mendowan?“

„Schwarlich. Ich habe dort einen sicheren Platz hingerichtet, der ihn gewiß ausfindig gemacht hätte wenn er dort wäre. Leider ist Mendowan zum Verkauf ausgeschrieben.“

„Nicht möglich! Des Grafen Erbgut, das er mit so großen Kosten restaurieren ließ? Man meinte doch immer, daß er diesen Besitz so besonders liebt.“

„Früher vielleicht. Jetzt ist er ihm offenbar verleidet, denn ich hörte ihn öfter sagen, er wolle nie mehr dort leben.“

„Verleidet? Wodurch denn aber?“

Hempel betrachtete ausmerksam seine Fingernägel.

„Das weiß ich nicht,“ sagte er gleichgültig. „Weißt du, was ich nun gehen, denn ich habe einen weiteren Umweg nach Dubschinla zurückzulegen. Vergiß nicht was ich dir wegen Helene eingeschärft. Du bringst sie in Gefahr, wenn du ansprebst, sie zu sehen!“

„Ich werde vorsichtig keinen Versuch mehr machen. Über ich werde auch keine ruhige Stunde mehr haben, so lange ich sie in Dubschinla weiß — sag ihr das!“

„Ich werde mich hüten, ihren Verwohn dadurch noch mehr zu erregen! Sie soll ganz unbefangen bleiben, dabei ist sie am sichersten. Im übrigen ver spreche ich dir, über sie zu wachen, bei Tage und bei Nacht. Bist du nun aufgetreten?“

„Um — halbwegs wenigstens.“

Sie schüttelten sich die Hände und trennten sich, nachdem Hempel noch versprochen hatte, am nächsten Freitag wiederzukommen.

(Fortsetzung folgt.)

Bionisten-Kundgebung in Berlin. Eine große öffentliche Kundgebung veranstaltet demnächst die Berliner Bionistische Vereinigung anlässlich der Ratifikation des Palästina-Mandats durch den Völkerbund. Außer dem Vorsitzenden der Bionistischen Vereinigung

für Deutschland wird der Präsident der Bionistischen Weltvereinigung über die Verhandlungen sprechen, die zur aktiven Förderung der jüdischen Heimatpolitik durch die Vereinigten Staaten geführt.

Wochenskaf für den 14. August.

1837 Der Dichter Johannes Trojan in Danzig († 1918) — 1841 Der Philosoph Prof. Friedrich Herbart in Göttingen (* 1776) — 1860 Der Archäolog Franz Studniak in Jasslo — 1863 Der Admiral Prinz Heinrich von Preußen in Potsdam — 1870 Sieg der Deutschen bei Colombey-Rouilly — 1917 Kriegserklärung Chinas an Deutschland.

Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrates. Die Witterung war auch in den letzten Tagen nicht beständig, immerhin brachten manche Tage fröhlichen Wind, der das feucht gewordene Getreide bald wieder austrocknete. Was bisher von neuem Getreide an den Markt kam, hat in den Qualitäten einen merklichen Unterschied gegen die schöne Ware des Vorjahrs aufzuweisen. Daher blieb in allen Getreidearten die Nachfrage für altes Gewächs ziemlich lebhaft, während die neue Ware nur in besonderen Wüssten schwankt. Unterkommen sind, und bei weiterer Beliebung meist die Gewähr für „gesund und trocken“ gefordert wurde. Die Unternehmungslust war nicht sehr lebhaft. Für Weizen bleibt das Angebot inländischer Ware sehr klein, da bis jetzt neue Ware nicht in große kommt und die alte Ware ziemlich geräumt zu sein scheint. Trotzdem ist der Preis für Inlandsware wesentlich niedriger, als sie überseeischer Weizen beschaffen lässt. Roggen müsste in alter und neuer Ware getrennt notiert werden, wobei die letztere sich um 20—30 Mark pro Bemeter höher als der 1922er Roggen stellt. Wintergerste fällt verschieden, aber doch überwiegend nicht befriedigend aus. Hafer hat sein Geschäft vorläufig nur in alter Ware. Neue ist zwar schon geschnitten, doch kommen nur ganz vereinzelt noch nicht maßgebende Muster auf dem Markt. Im Maisgeschäft ist es still geworden. Hier kauft zwar der Sonnen noch regelmäßiger, da die Maispreise 200—300 Mark niedriger stehen als die des Hauses.

In Berlin, 12. August. (Wörsen ruhetag.) Heute war die Börse für den offiziellen Effektenhandel geschlossen. Im freien Handel waren auch nur wenige Kurse zu hören. Im allgemeinen waren Effekten angeboten. Das erklärt sich hauptsächlich aus der Ermattung von Devisen und Dollar. Der Dollar wurde mit 778—767 Mark gehandelt.

Der Stand der Mark. Es folsten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	12. 8.	11. 8.	1914
100 holländische Gulden	30362	33458	167.— Dr.
100 belgische Franken	6067	6641	80.—
100 dänische Kronen	12828	18526	112.—
100 schwedische Kronen	20574	22621	112.—
100 italienische Lire	3385	3945	80.—
1 englisches Pfund	3495	3875	20.—
1 Dollar	781	868	4.20
100 französische Franken	6367	6991	80.—
100 schweizerische Franken	14881	16579	80.—
100 tschechische Kronen	2072	2157	—

Letzte Nachrichten

Der englische und französische Rechtsstandpunkt.

London, 14. August. Die Verhandlungen der Sachverständigen über die Garantieforderungen hinsichtlich der staatlichen Bergwerke und Forsten im Rheinlande scheinen streng formellen juristischen Charakter angenommen zu haben. Die Engländer vertreten den Standpunkt, daß der Friedensvertrag von Versailles den Alliierten zwar eine Hypothek auf den genannten Besitz des Reichs einträumt, daß aber nach englischem Recht der Gläubiger nur im Falle einer Generalliquidation befugt sein wird, Hand auf diese Pfänder zu legen. Er habe unter keinen Umständen das Recht, einige Pfänder aus der Masse herauszutrennen und sie sich anzueignen oder sie irgendwie zu verwerfen. Die Franzosen vertreten unter Berufung auf das französische Recht den entgegengesetzten Standpunkt. Die Engländer machen ferner geltend, daß bei der von Poincaré vorgeschlagenen Besitzergreifung der staatlichen Gruben und Forsten es sich um direkte Sanktionen handle, die nur dann zulässig seien, wenn die Reparationskommission zuvor eine vorläufige Nichterfüllung von Seiten Deutschlands konstatte habe.

Eine französische Meldung über die Tätigkeit Bergmanns in London.

Paris, 14. August. Die Blätter berichten aus London, daß gestern Nachmittag der ehemalige Staatssekretär Bergmann in London eingetroffen ist. Er habe in Unterredungen mit mächtigen englischen Stellen darauf hingewiesen, daß es für Deutschland völlig unmöglich sei, die Bedingungen anzunehmen, über die sich die drei Premierminister vorigestern geeinigt hätten. Nach einer englischen Meldung sollen seine Argumente auf Lloyd George starken Eindruck gemacht haben.

Die Eisenbahnfrage auf der Insel Ostse.

Wie der „Revier-Bote“ meldet, wurde seinerzeit beschlossen, die Ostsiedlung Schmalspurbahn wieder in Betrieb zu setzen, doch ist bis jetzt die Frage noch nicht gelöst, ob die Eisenbahn Eigentum des Staates oder der Stadt Arensburg ist. Die Stadt Arensburg hat die Eisenbahn von den deutschen Okkupationsbehörden gekauft und betrachtet sich daher als Eigentümerin, während das Verkehrsministerium den Standpunkt vertritt, daß die Bahn, da sie von den Deutschen gebaut worden ist, staatliches Eigentum darstellt. Die juristische Kommission hat sich auf den Standpunkt der Stadtverwaltung gestellt, womit das Verkehrsministerium sich jedoch nicht einverstanden erklärt hat.

Das verbündete Interesse Frankreichs für das Memelgebiet. Der frühere französische Minister, Senator Graf de Monzie, wird, wie das „Dampfboot“ meldet, am Donnerstag in Memel eintriften, um sich über die Verhältnisse im Memelgebiet zu unterrichten.

Merkwürdig, wie oft die Herren Franzosen doch in letzter Zeit im Memelgebiet etwas zu tun haben!

Die Meinung Italiens.

Rom, 12. August. Auf der Conulta hält man den Bruch zwischen England und Frankreich für ausgeschlossen, da England eine Einigung auf Kosten Deutschlands abschließen vorziehen würde. — Die italienische Presse bringt die Meldungen über die Verhandlungen, ohne dazu Stellung zu nehmen.

Sächsisches

Ein raffinierter Gaunerstreich beschäftigte in der Revisionsinstanz das Dresdner Oberlandesgericht. Der Monteur Skra aus Leipzig, der mit Autos handelte, war am 4. August 1921 in Dresden eingetroffen, um hier ein Auto zu kaufen, das er in der Tschecho-Slowakei mit großem Gewinn weiterveräußern wollte. Als Fahrmann brachte er den Elektrotechniker Brömmel aus Freiberg mit. Da sich eine passende Kaufgelegenheit nicht bieten wollte, wurde am 6. August, nachdem sich zu den beiden noch verschiedene Genossen hinzugesellt hatten, beschlossen, eine Autodroschke zu stehlen. Zu diesem Zwecke wurde am Hauptbahnhof eine Autodroschke gemietet und mit dieser nach verschiedenen Spazierfahrten in der Stadt ein Ausflug nach dem Gathhof Segen Gottes in Edle Krone gemacht. Einige Teilnehmer des Komplotts, darunter Brömmel, waren schon vorher mit der Bahn nach Tharandt gefahren und warteten auf der Landstraße in der Nähe der Gastwirtschaft das Weiterfahrt. Brömmel war dazu aussersehen, das Auto, nachdem man sich seiner bemächtigt hatte, zunächst nach Leipzig zu fahren. Nachdem die Autodroschke, die einen Wert von

150 000 M. hatte, mit Skra und zwei Genossen in Edle Krone eingetroffen war, sollte es auf der Straße stehen bleiben. Der Chauffeur Müller fuhr es aber vorsichtigerweise in den Garten. Skra ließ nun reichlich Speisen und Getränke servieren und nötigte den Chauffeur fortgesetzt zum Trinken. Dieser erwies sich aber als ein ziemlich trinkfester Mann. Da man auf diese Weise nicht zum Ziele kam, wurde spätabends noch eine kleine Spazierfahrt unternommen. Bei der Rückfahrt fuhr M. die Autodroschke aber wieder in den Garten und steckte sogar den Sicherheitschlüssel zum Auto in seinen Mantel. Darauf ging die Feier von neuem los. Da der Chauffeur aber wider Erwarten ziemlich viel vertrug, schlüpfte ihm schließlich einer der Spieghelfer, ein gewisser Bell, heimlich eine Dosis Schlafpulver in seinen Wein, worauf M. in tiefen Schlaf versiefel. Nun war für die anderen die Zeit zum Handeln gekommen. Während die Aufmerksamkeit der übrigen Gäste abgelenkt wurde, wurde das Auto auf die Straße geschafft. Bell holte den Schlüssel aus dem Mantel des Chauffeurs und gleich darauf bestieg Brömmel die Autodroschke und übernahm die Führung. Unterwegs auf der Fahrt nach Leipzig wurden der Preisanziger und andere Kennzeichen entfernt. In Leipzig wurde das Auto in einen von Brömmel gemieteten Schuppen eingestellt, um drei Tage später, wiederum von Brömmel, bei Moldau über die Grenze nach der Tschecho-Slowakei gebracht zu werden, wo Skra bereits einen Abnehmer hatte. Als Entschädigung für seine Mitwirkung hat Brömmel von Skra 2800 Mark erhalten. Sämtliche Beteiligten sind wegen gemeinschaftlichen Diebstahls und unerlaubter Ausfuhr zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Brömmel, der von dem ganzen Plane nichts gewußt, sondern geglaubt haben will, daß es sich um ein gemietetes Auto handele, erhielt ein Jahr acht Monate Gefängnis. Seine Revision ist jetzt vom Oberlandesgericht verworfen worden.

Kamenz. Die Butterkrawalle auf dem vorletzten Wochen-

markt haben, dagegen aber die Butterfrauen ausgeblichen waren. So kam es, daß viele, namentlich kleine Leute, die gewohnt sind, ihre Butter auf dem Wochenmarkt einzukaufen, mit leerem Korb wieder fortgehen mußten. Dieser „Erfolg“ war vorauszusehen. Wie verlautet, ist gegen die an den Vorgängen beteiligt gewesenen Personen Anzeige wegen Nötigung erstattet.

Bautzen. Auf Grund einer Anzeige durchsuchten Beamte der sächsischen Landespolizei eine Baumwollfabrik Riebau-Dubrau gehörige Scheune, in der sie in einem unterirdischen Versteck einige leichte Maschinengewehre, Pistolen und Munition fanden.

Stollberg. Die Bezirksversammlung beschloß die Einführung einer Sozialabgabe und den Erwerb des Bezirkskrankenhauses; sie lehnte dagegen die Einführung der kommunalen Totenbestattung ab.

Nitschberg. Der Zinsfuß für Sparfassen- und Stiftungskapitalausleihungen ist von 5 auf 6 und 6½ v. H. erhöht worden. — Das städtische Gaswerk hatte im letzten Rechnungsjahr einen Reingewinn von 104 000 M., welcher Betrag dem Betriebskapital zugeschlagen wurde. Die Frage des Anschlusses an die Ferngasversorgung Zwidau ist noch offen.

Zwickau. Nachdem vor längerer Zeit zwei von den drei an dem Raubüberfall in der Obstweinhenschte beteiligten Tätern hier festgenommen werden konnten, ist es jetzt gelungen, auch den dritten Täter, den 22jährigen Bergarbeiter Weiß, bei seinen Eltern in Osthaz zu verhaften.

Plauen i. V. Mit sofortiger Wirkung hat der Stadtrat den Preis für ein Kubikmeter Gas von 8 auf 10,80 M. erhöht. Desgleichen tritt mit rückwirkender Kraft bis 1. August eine Erhöhung der Strompreise des Elektrizitätswerkes auf 17 M. für die Kilowattstunde ein.

Plauen. Da, wie mitgeteilt wird, alle Versuche, die Erfolge der staatlichen Kraftwagenlinie Plauen-Hof zu haben, fehlgeschlagen sind, hat das sächsische Finanzministerium die Einführung des Betriebes auf der Linie Plauen-Hof mit der letzten fahrplanmäßigen Tagesfahrt am 15. August angeordnet.

„Seeblick“

Dienstag den 15. August

Stur-Mennion

Anfang 7 Uhr

Besseres ehrliches Hausmädchen,

nicht unter 20 Jahren, welches auch Lust zum Geschäft hat, für 1. September nach Dresden sucht. Anschrift:

Frau Uhlig, Dresden-U., Holbeinstr. 87.

Bruchkranke

können ohne Operation und Verlustdrücke gehobt werden. Sprechstunden in Dresden, Büttchausstraße 29, I., bei Paul, am 18. August von 9—1 Uhr.

Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchfälle

Mehrere Frau
zu 2 Kindern bei guter Röst und
Lohn sofort gejucht.
Café Taubert.

Junger Zugodje
(5½ Jz., Stimmung) zu ver-
kaufen oder auf Schlachtind zu
vertauschen.

Albert Köstner,
Dippoldiswalde.

Möbel-Ausstellung

Speise-Herren-Wohn-
und Schlafzimmer
sowie Einzelmöbel



Max Trips

Inhaber: Albin Wauer

Dresden-N. Königsbrücker Str. 56. Telefon 22691

Drucksachen

Heile Carl Zehne.

Arnika Haaröl

Herm. Lommatsch

Drogerie, Elefant

Dippoldiswalde

A mächtig unter am 19. und 20. d. W. stattfindenden Sitzungs-
tagen machen sich 200 Quartiere nötig. Wir bitten

für eine Nacht ca. 200 Quartiere nötig. die gesamte
Überlebenszeit von Dippoldiswalde, uns durch Abgabe von
Sachen zu unterstützen. Meldungen erüben wir sofort an E. Hegewald,
Gr. Wallergasse 52, I.

Turnverein „Frisch auf“

Aepfel und Birnen

Erdgericht Reinholdshain.

verkauf

Braune, am Bahnhof.

wieder eingetroffen

Gustav Adolf Thiersfelder

Sädermeier, Fleisch- und Teigwarenbesitzer

nach längerem Leben sonst entschlossen ist.

Dies gelang schmerzerfüllt an

Reinhardtsgrima, 12. August 1922

die Flestauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 3 Uhr

vom Trauerhause aus statt.

Ein unserer Innung viele Jahre angehörendes

Mitglied, Herr Bäckermeier

Adolf Thiersfelder

Reinhardtsgrima

Ist durch den Tod aus unserer Mitte geschieden. Ge-
weilen wir dem jetzt Entschlafenen ein treues Er-
gedenken durch eine zahlreiche Beteiligung zum Gang
zu seiner letzten Ruhestätte

Bäckerinnung Dippoldiswalde.

B. Gieholt, Obermeister.

Herzlicher Dank.

Für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe
und Teilnahme beim Heimgang meines lieben Gatten,
unseres guten Vaters.

Ernst Müller

lagen wir allen, allen unseren herzlichsten Dank. Insbe-
sondere danken wir dem Militär- und Gelangverein
für die ihm erwiesenen familiären Ehrenungen.

Reichstädt, am 9. August 1922.

Die Flestauernden Hinterbliebenen.